

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co.

Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

Milch-Chocolade
No. 600.

Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Begleitgebühren
während der Expedition des Blattes werden...
Telegraphische Adressen: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 - 2096 - 3601.

Anzeigen-Zarif
Anzeigen von 10 Zeilen...
Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Eier-Lebertran mit Nährsalzen
beruht aus frischen Eiern und bestem Meeresfischlebertran...
Salomonis-Apotheke, Neumarkt 8.

Staubvertilger: Weltwunder.
Einzelne Apparate sowie komplette Anlagen für ganze Villen.
Ebeling & Croener, Bankstrasse 11.

Amateur-Photographie
Cyko-Papier
Modernes Matt-Gallichtpapier.
Carl Plaul, Wallstr. 25.

Bruchbänder und Leibbinden

sowie alle sonstigen Bandagen u. Artikel zur Krankenpflege empfiehlt
Carl Wendschuchs Etablissement

Struvestrasse 11.

Für eilige Leser.

Nutmahlische Bitterung: Mild, heiter.
Die Einbeziehung Dresdens in den regelmäßigen Verkehr mit den baltischen Küstenschiffen wird am Freitag in Dresden beraten werden.
In Leipzig begann gestern der Dritte Deutsche Hochschullehrertag. Hierbei wurde von Prof. Binding mitgeteilt, daß von einer bestimmten Interessentengruppe 30 000 Mark dem Senate geboten wurden, wenn ein Tendentiprofessor nach Leipzig käme; diese Zumutung habe der Senat mit Entrüstung zurückgewiesen.
Der Kaiser sprach sich in dem bischöflichen Palais zu Trautenburg mit größter Entschiedenheit für die Wiederherstellung des Otto-Heinrich-Baus im Heideberger Schlosse aus.
Eine Reform des Militärstrafrechts wird vorläufig nicht in Angriff genommen werden.
„Parveal III“ ist auf seiner Fernfahrt in Nürnberg gestern nachmittag glatt gelandet.
Bei dem Stapellauf des Schulschiffes „Prinzess Eitel Friedrich“ hielt gestern Prinz Eitel Friedrich die Laudrede.
In Mannheim hat eine Massenkündigung von Arbeitern der Tabakindustrie stattgefunden.
Ein Wiener Komitee will die Errichtung eines Denkmals zur Erinnerung an die anfänglich der letzten Kriegsgefahr bewährte Neutralität Deutschlands zur Durchführung bringen.
Zu der Distanzfahrt Wien-Berlin sind gestern 20 Gespanne gestartet.
Der Zar wird bei seiner Reise nach Italien durch Deutschland fahren.

Der Erpresserprozeß Dahsel,

der mit der Verurteilung des Angeklagten und seiner Weisungsbefehlerin Frau Schwartz zu einer erheblichen Gefängnisstrafe seinen Abschluß gefunden hat, entrollt ein trübes Nachbild aus den düstersten Regionen der Presse. Dem christlichen und anständigen Journalisten wird es schwer zu Mute bei dem niederstimmernden Bewußtsein, daß derartige mit allen Hundstehende Elemente in einem Stände und Berufe ihr Wesen treiben, der vorzugsweise auf besondere Rauheit des Charakters und Gewissenlosigkeit der Pflichterfüllung angewiesen ist, weil eine so außerordentlich hohe Verantwortung auf ihm lastet. Daß der Angeklagte Dahsel seine Strafe nicht voll verdient hätte, wird kein ernsthaft Denker, der den hier flaffenden Abgrund sittlicher Kanäle richtig würdigt, bestritten wollen. Dahsel ist vom Staatsanwalt durchaus zutreffend dahin gekennzeichnet worden, daß er einen eigenen Erpresserprozeß geschaffen habe, der mit dem Schlagwort „Erlaß der Auslagen“ arbeitet, um seine höchstlichen Zwecke zu verwirklichen. Es ist ganz unglücklich, in welchem Stille und Umfang Dahsel sein Handwerk betrieben hat. Die Herrschaftsmittel in den intimsten Privatangelegenheiten hochgehehelter und vermöglicher Personen war schließlich der eigentliche Lebenszweck dieses Mannes geworden, und wenn er etwas ausgefuchsteter, einen „dunklen Punkt“ in der Vergangenheit oder Gegenwart solcher Leute entdeckt zu haben glaubte, dann stürzte er sich auf sein Opfer, wie der Geier auf seine Beute. Dann hieß es erbarmungslos: „Entweder Erlaß der Auslagen oder —“. Dieses Wort war zum geistlichen geworden in allen Kreisen der Reichshauptstadt, die für den Angeklagten Dahsel auf Grund ihrer hervorragenden sozialen Stellung und ihres Reichtums in Betracht kamen. Die Ergänzung hieß: „Oder es erscheint ein Artikel in der Wahrheit“. Zahlte das Opfer, so war es gut; wenigstens, solange das Geld reichte, hatte es Ruhe, obwohl es keineswegs sicher war, daß es nicht später abermals angezapft wurde. Zahlte es aber nicht, so erschien flugs ein Standalartikel in dem genannten Organ, worin die geheimsten Angelegenheiten privater Verhältnisse mit dem rüden Zynismus bloßgelegt wurden. Es war eine Plage, unter der ganz Berlin seufzte. Und Herr Dahsel? Er fand sich allmählich so gut in seine Rolle, daß die anfänglich vielleicht noch hier und da erwachten moralischen Skrupel gänzlich verschwanden. Je weiter er auf der verbrecherischen Bahn vorwärts, desto mehr verlor er sich in den Bahnen, daß ihm nicht beizukommen wäre, desto dreister und anmaßender wurde sein Auftreten. Es ist bezeichnend, wie er den ihn verhaftenden Kriminalkommissar empfangen hat, „in der Pose eines Herrschers, wie ein Mann, der gewohnt ist, zu befehlen und über andere zu herrschen“. Nun hat

ihn endlich die strafende Nemesis ereilt, und er wird ein Jahr lang Zeit haben, hinter den schwedischen Gardinen über die Verwerflichkeit seines Treibens nachzudenken. Es hieße aber die wahre Sachlage gründlich vertennen, wollte man die Augen geistlich vor der Erkenntnis verschließen, daß neben dem Typus Dahsel auch sein Verleger Herr Bruhn ein voll gerüstetes und geschultes Vieh von Verantwortung für die gesamte Erpressertätigkeit seines Angestellten trägt. Das wäre ein Mann wie Dahsel, wenn nicht Herr Bruhn, der Mann der „sensationalen Ueberschreien“ und der berüchtigten „dritten Spalte“, auf der die Revolver-Ergüsse abgelegt zu werden pflegten, sein zum blutigen Hohn „Die Wahrheit“ genanntes Blatt für solche schamlosen Schandartikel zur Verfügung gestellt hätte? In der Tat, wer den Gang des Prozesses in allen seinen Einzelheiten genauer verfolgt hat, wird nicht umhin können, den Verteidigern recht zu geben, wenn diese übereinstimmend mit Nachdruck darauf hinweisen, daß eigentlich der Verleger der „Wahrheit“ die Anklagekant mit hätte zieren müssen. In gewissem Sinne ist ja die Auffassung auch gerichtshöflich anerkannt worden, da der Verleghof ausdrücklich als wahr unterliehelt hat, daß das Organ des Herrn Bruhn ein „Standal- und Revolverblatt“ sei. Uebrigens ist noch ein Verfahren wegen Meines gegen Herrn Bruhn zu erwähnen, da laut Erklärung der Verteidigung ein Revolveroffizier einen Brief an den Kriminalkommissar von Trebow gerichtet hat, worin der Verleger der „Wahrheit“ der falschen eidlischen Aussage in dem jetzigen Prozesse beschuldigt wird; außerdem ist ein Ermittlungsverfahren wegen Erpressung bereits gegen ihn eingeleitet worden. Selbstmord und eigenartig muß es unter diesen Umständen berühren, wenn der Staatsanwalt sich veranlaßt sah, zu erklären, es sei kein schöner Zug von dem Angeklagten Dahsel, daß er die Schuld auf seinen Verleger abzuwälzen suchte, da dies doch der Mann sei, dessen Brot er gegessen habe“. Das klingt ja genau so, als wenn Herr Bruhn seinem Angestellten Dahsel ein höchst ehrliches und anständiges „Brot“ zu essen gegeben habe; derselbe Mann, der das berüchtigte Wort gesprochen hat: „Wenn Israel gezahlt hätte, lebte er noch!“ Da ist denn doch die Logik der Verteidigung einleuchtender, die erklärte, man müsse bei der Strafmaßbestimmung das Milieu berücksichtigen, worin die Straftaten begangen seien; falls ein Verleghof nicht, so sei es milder zu beurteilen, wenn er sich darauf berufen könne, daß er durch das schlechte Beispiel seines unredlichen Chefs auf die schiefe Ebene geraten sei. Der Gerichtshof hat sich im Urteil ausdrücklich diesen Standpunkt der Verteidigung zu eigen gemacht, indem er von dem Antrage des Staatsanwalts, der 3 Jahre Gefängnis für Dahsel in Voranschlag gebracht hatte, stark abwich und nur auf 1 1/2 Jahre erkannte, noch dazu unter Anrechnung von 6 Monaten der Untersuchungshaft.

Man kann die Akten über den Prozeß Dahsel nicht schließen, ohne auch dem Verhalten der mit dem Erpresserprozeß verfolgten Personen, sowie des Publikums, das die „Wahrheit“ zu lesen pflegte, ein ernstes Wort zu widmen. Bei den „Erpressern“ — um diesen Ausdruck in die deutsche Sprache bei dieser Gelegenheit herbeizuführen — muß man sich erklaunt sein über die Leichtgläubigkeit, mit der sie durchgängig ihren Verfolgern ins Garn gingen. Das ist um so weniger begreiflich, als sich in fast allen Fällen, die im Prozesse zur Sprache gekommen sind, gar nichts Greifbares Beläustendes für die Opfer herausgestellt hat. Im Falle des Grafen Hermesberg hat sich dessen Rechtsbestand, Herr Justizrat Lobe, sogar energisch gegen die Zahlungen an die Erpresser gewehrt, und dennoch wurde er von seinem Auftraggeber genötigt, „im Gnadenwege“, wie dieser sagte, die Unersättlichen zu befriedigen. Der Justizrat schrieb dann an den Grafen zurück, er habe „den Erpressern das Geld gezahlt und die Teilung der Beute ihnen überlassen“. Spricht das nicht Bände? Sind das nicht Zustände, die zum Himmel schreien? Hier kann nur der moralische Mut des einzelnen helfen, selbst auf die Gefahr einer gewissen Bloßstellung hin unerbittlich gegen die Erpresserbande vorzugehen und um keinen Preis ihren wahnfinnigen, verbrecherischen Geldhunger zu befriedigen. Das ist geradezu eine Pflicht im öffentlichen Interesse. In der Politik beklagt man sich darüber, daß die haarscharfhaltenen Kreise sich vielfach zu vornehm dünken, um die unvermeidlichen Veranlassungen durch die öffentliche Meinung und den rauhen Ton der Volksversammlungen auf sich zu nehmen, und fordert im allgemeinen nationalen Interesse ein rücksichtsloses Einsehen der Persönlichkeit mit vollem Rechte. Dasselbe muß aber auch gegenüber den

Revolver-Journalisten von denen verlangt werden, die von den Erpressern verfolgt werden und die nur zu oft, ohne irgendwelche Schuld zu sein, bloß aus „Angst vor Standal“ den Forderungen der Unsatte nachgeben. In diesen zaghafte Elementen den Rücken zu kehren, müßten die Gerichte in allen Prozessen solcher Art die Selbstlosigkeit vollständig ausschließen, mit solcher Strenge, daß auch kein Gerichtsberichterstatter zu den Verhandlungen zugelassen wird. Selbst dann aber, wenn vollständig schuldlose Handlungen der „Erpressern“ vorliegen, bleibt selbstverständlich das Verfahren der Erpresser nicht minder verwerflich und muß mit allen Mitteln ausgetrotzt werden. Dazu ist in erster Linie die Mißhilfe des anständigen lesenden Publikums erforderlich. Wenn es nicht — leider! — auch in „honorigen Kreisen“ so viele Elemente gäbe, die auferlich zwar jede Verührung mit einem Revolverblatte weit von sich weisen, insgeheim aber schmunzeln beim Ersehen jeder neuen „sensationalen“ Nummer und sich weidlich an den Veranlassungen der Ehre des Nächsten ergötzen, dann könnten solche Schandblätter gar nicht hoch kommen. Hierin muß Einkehr gehalten und Wandel geschafft werden. Wie bereits im Kampfe gegen die Unstlichkeit in Wort und Bild die Selbsthilfe des anständigen Publikums merkwürdige Erfolge erzielt hat, so wird sie auch bei der Frontstellung gegen die Revolverpresse von nachhaltiger Wirkung sein. Die freiwillige Abkehr des Publikums von Blättern vom Schlage der „Wahrheit“ ist die sicherste Schutzwehr gegen das weitere Ueberwuchern dieses ungeheuerlichen Schmutzes. Was dann noch davon übrig bleibt, wird sehr bald dem energischen, durch eine gesetzliche Beschränkung des Wahrheitsbeweises zu unterstützten Angriff der Justiz erliegen. Nach der Richtung der Selbstbefinnung und Selbsthilfe des Publikums enthält der Prozeß Dahsel eine laute, eindringliche, gewaltige Mahnung.

Neueste Drahtmeldungen

vom 12. Oktober.

Zur letzten Kanalerkrise.
Berlin. (Priv. Tel.) Die „Deutsche Tageszeitung“ widerspricht dem vom Abg. Frhrn. v. Redlich gegen den Fürsten Bismarck erhobenen Vorwurf, er habe den Zeitpunkt, wo es noch möglich war, die Reichsfinanzreform mit dem Nothde zu machen, verstreuen lassen, ohne seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Liberalen unter der Bedingung der Zustimmung zur Erbnissteuer die erforderlichen 100 Millionen Mark indirekter Steuern den Konventionen in einer annehmbaren Form boten. Es würde dem Fürsten Bismarck tatsächlich nicht angethan haben, schreibt die „Deutsche Tageszeitung“, wenn er seine ganze Kraft dafür eingesetzt hätte; denn er wußte von Anfang an, daß die überwiegende Mehrheit der konservativen Partei unter keinen Umständen für eine Volkserhebung des Erbes der Kinder und Ehegatten zu haben sein werde.

Abänderung des Deutschen Patengesetzes.
Berlin. (Priv. Tel.) Zu der kommenden Abänderung des Deutschen Patengesetzes wird von unterrichteter Seite mitgeteilt: Wenn es auch als ausgeschlossen gelten muß, daß Deutschland die Bestimmungen über den Ausführungszwang in seinem Patengesetz mildern oder gar aufheben wird, nachdem England erst im vorigen Jahre seinem Gesetze so einschneidende neue Bestimmungen zugefügt hat, so könne doch unter Umständen eine Milderung in bezug auf den Ausführungszwang eintreten, soweit es sich lediglich um deutsche Patentinhaber handelt. Wenn solche Erwägungen bei der Neugestaltung des Patengesetzes schweben, so ist dabei zu berücksichtigen, daß eine derartige Vergünstigung naturgemäß auch dem Patentinhaber solcher Staaten zugute käme, mit denen Deutschland Sonderverträge abgeschlossen hat: Italien, Dänemark, die Schweiz und die Vereinigten Staaten. Da Deutschland in seinem Bestreben nach möglicher Internationalisierung des Patentwesens zweifellos auch noch mit weiteren Staaten derartige Patentabkommen schließen werde, so liege in der obenbesprochenen Milderung des Ausführungszwanges ein vermehrter Anreiz für fremde Staaten zum Abschluß solcher Verträge. Andererseits würde Deutschland ohne die Bestimmung des Ausführungszwanges des wirksamsten Mittels zur Erreichung von Zugeständnissen, von Gelegenheitsverträgen, entbehren.

Dritter Deutscher Hochschullehrertag.
Leipzig. (Priv. Tel.) Im Verlaufe der Diskussion teilte Prof. Binding-Leipzig mit, daß eine bestimmte Interessentengruppe an das Kultusministerium herangetreten sei und 30 000 Mark geboten habe, wenn ein Tendentiprofessor nach Leipzig veretzt würde. Der Leipziger Senat wies diese Zumutung mit Entrüstung zurück.

Fernfahrt des „Parveal III“.
Burgburg. Das Lustschiff „Parveal III“ ist am 11. Uhr nachmittags über der Stadt erschienen. Seine Ankunft wurde durch einen Kanonenschuß angekündigt.

Fotografisch ist der Stoff von Friedrichs & Glöckner